

Bornhöveder wollen keine Ausbaubeiträge

Gemeinde will Gesetzgebung des Landes abwarten



Protest der Bürger: Auch mit einem großen Transparent machten sich die Anlieger der Straße Silgen Barga in der Einwohnerversammlung Luft. © Detlef Dreessen

Bornhöved. „Ihr habt doch nicht alle Tassen im Schrank!“ Solche Sprüche zeigten bei einer Einwohnerversammlung in der Mensa der Sventana-Schule in Bornhöved, wie blank die Nerven liegen, wenn es um Straßenausbaubeiträge geht. 130 Besucher gaben der Gemeindevertretung um Bürgermeister Dietrich Schwarz viel Gegenwind.

„Wir fordern die Abschaffung der Straßenbaubeiträge“, hieß es auf einem Schild, das Keena Braun emporreckte. Das sei zwar nach dem Willen der neuen Landesregierung machbar, informierte Carmen Kech, Mitarbeiterin des Amts. Aber das Gesetzgebungsverfahren sei noch nicht abgeschlossen.

Sie habe Verständnis für Sorgen etwa der Anwohner im aktuell betroffenen Silgen Barga, sagte Carmen Kech. „Der Beitrag, der oft in den vier- bis fünfstelligen Bereich hineinreicht, kann Existenzängste auslösen.“ Allerdings bestehe die Möglichkeit, die Summe 20 Jahre lang in Monatsraten abzuzahlen.

Im Etat der Gemeinde sei nicht genug Geld vorhanden, um die Straßen zu sanieren, betonte Schwarz.

Daher bleibe als Alternative nur, das Geld in anderer Form von der Gesamtheit der Grundstückseigentümer einzutreiben. Denkbar sei ein monatlicher Beitrag im ganzen Gemeindegebiet. Bei der Alternative, einer Erhöhung der Grundsteuer auf das Dreifache, zahlen Besitzer eines neueren Hauses deutlich mehr als bei einem Altbau. Es gebe nur einen Trost, so Schwarz: In sanierten Straßen wie Achtern Diek seien die Anwohner sehr zufrieden mit neuer Straße, Beleuchtung und Fußwegen.

Dem Vorwurf, dass die Straßendecken jahrzehntelang zu wenig gepflegt wurden, entgegnete Schwarz, es sei in jedem Jahr ein Betrag von 200 000 Euro für Erhaltungsmaßnahmen ausgegeben worden. Trotzdem seien Straßen nach etwa 40 Jahren am Ende. „Wir haben 38 Kilometer Straßen. 60 Prozent davon sind älter als 40 Jahre. Wir müssten eigentlich in den nächsten paar Jahren 40 Millionen Euro in die Sanierung stecken.“

Erst wenn im kommenden Jahr das Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene abgeschlossen ist, will die Gemeindevertretung weitere Entscheidungen treffen. der